

Herausgeber:
**Deutscher
Juristinnenbund e. V.**

Vereinigung
der Juristinnen,
Volkswirtinnen und
Betriebswirtinnen

1 / 2017

20. Jahrgang März 2017
Seiten 1–46
ISSN 1866-377X

Aus dem Inhalt

Fokus

Reproduktive Rechte

Reproduktive Rechte und Geschlechtergerechtigkeit	1
<i>Arbeitsstab „Reproduktive Rechte“</i>	
CEDAW: focus on reproductive rights	5
<i>Marsha Freeman</i>	
Zugang zu assistierter Reproduktion	6
<i>Berit Völzmann</i>	
Die Leihmutterschaft in Deutschland	7
<i>Friederike Wapler</i>	
Präimplantationsdiagnostik: Schöne neue Welt?	8
<i>Ute Sacksofsky</i>	
Gleichberechtigung und Mutterschutz	9
<i>Marianne Weg</i>	
Stillen und Recht? Recht auf Stillen?	10
<i>Juana Remus</i>	
Staatliche Schutzwilchen gegen „Gehsteigbelästigung“	11
<i>Ulrike Lembke</i>	
Der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland	12
<i>Christiane Tennhardt/Blanka Kothé</i>	
Migrantinnen in prekären Aufenthaltssituationen	14
<i>Dorothee Frings</i>	
Behinderungen reproduktiver Freiheit und Gesundheit	16
<i>Julia Zinsmeister</i>	
Die Kosten der reproduktiven Freiheit	17
<i>Maria Wersig</i>	

Intern

Mitgliederversammlung – 42. djb-Bundeskongress	31
--	----

Porträt

Dr. Monika Zumstein, Akademische Direktorin a.D., München	43
<i>Maria Wersig</i>	



Nomos

Inhalt

Fokus

Reproduktive Rechte

Reproduktive Rechte und Geschlechtergerechtigkeit – Zeit für eine Diskussion!	
<i>Arbeitsstab „Reproduktive Rechte“</i>	1
CEDAW: focus on reproductive rights	
<i>Marsha Freeman, PhD</i>	5
Zugang zu assistierter Reproduktion	
<i>Dr. Berit Völzmann</i>	6
Zwischen gesetzlichem Verbot und richterrechtlicher Duldung: Die Leihmutterschaft in Deutschland	
<i>Prof. Dr. Friederike Wapler</i>	7
Schöne neue Welt? Anmerkungen zur Präimplantationsdiagnostik	
<i>Prof. Dr. Ute Sacksofsky</i>	8
Gleichberechtigung und Mutterschutz: Zur Neuregelung des Mutterschutzrechts	
<i>Marianne Weg</i>	9
Stillen und Recht? Recht auf Stillen?	
<i>Juana Remus</i>	10
Staatliche Schutzwilchen gegen „Gehsteigbelästigung“	
<i>Dr. Ulrike Lembke</i>	11
Der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland – Stationen einer Reise mit Hindernissen	
<i>Christiane Tennhardt/ Dr. Blanka Kothé</i>	12
Reproduktive Gesundheit von Migrantinnen in prekären Aufenthaltsituierungen	
<i>Prof. Dr. Dorothee Frings</i>	14
Behinderungen reproduktiver Freiheit und Gesundheit	
<i>Prof. Dr. Julia Zinsmeister</i>	16
Die Kosten der reproduktiven Freiheit	
<i>Prof. Dr. Maria Wersig</i>	17

Berichte und Stellungnahmen

10 Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz aus gleichstellungspolitischer Perspektive	
<i>Micha Klapp/ Dr. Stefanie Porsche</i>	18
Strategische Kompetenz für Frauen in Aufsichtsräten – auch für Juristinnen	
<i>Petra Heidenfelder/Katharina Miller, LL.M.</i>	22
Europäischer Tag der Justiz am 15. November 2016 in Saarlouis	
<i>Oriana Corzilius/Dr. Şirin Özfirat</i>	23
Pressemitteilung: 10 Forderungen des djb an die Parteien zu Bundestagswahl 2017	
Rezension: „Die Vermessung des Kindes – Vol. II“	
<i>Dr. Gudrun Lies-Benachib</i>	25

Intern

Seit 15 Jahren in Berlin: Die djb-Geschäftsstelle	
<i>Jelena Wachowski</i>	27
djb-Mitglieder des ersten Jahrzehnts	
<i>Irmela Regenbogen</i>	28
Mitgliederversammlung anlässlich des 42. djb-Bundeskongresses	
Weihnachtsfeier des djb-Landesverbands Hamburg	
<i>Anita von Hertel</i>	33
Der djb gratuliert	
Aktuelle Pressemitteilungen und Stellungnahmen	
Nachruf auf Birgit Lemme	
<i>Birgit Kersten/Sonja Ortgies</i>	38

Termine

Termine und Ansprechpartnerinnen der Landesverbände und Regionalgruppen	
	39

Porträt

Dr. Monika Zumstein, Akademische Direktorin a.D., München	
<i>Prof. Dr. Maria Wersig</i>	43

Impressum

46



▲ Foto: Hoffotografen

Editorial

Der Schwerpunkt dieses Hefts widmet sich reproduktiven Rechten und dem Stand ihrer Umsetzung in Deutschland. Im Völker- und Europarecht sind die Begriffe der reproduktiven Rechte und der reproduktiven Gesundheit klar definiert. In Deutschland werden beide Begriffe leider (noch) kaum verwendet und vor allem nicht in Bezug gesetzt zu den Debatten über Reproduktionstechnologien, Pränataldiagnostik, Abstammungsrecht, Gleichberechtigung der Geschlechter, Betreuungsrecht, der gesundheitlichen Versorgung von Schwangeren und Gebärenden oder dem Mutterschutz im Betrieb. Dies zu ändern, ist der Arbeitsstab „Reproduktive Rechte“ des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb) mit seinen Mitgliedern Dr. Ulrike Lembke, Prof. Dr. Friederike Wapler und mir angetreten. Wir knüpfen damit an eine Auseinandersetzung an, die der djb schon in den 1980er Jahren auf Initiative von Prof. Dr. Dagmar Coester-Waltjen in einer Arbeitsgruppe und späteren Kommission unter dem Titel „Gentechnologie“ geführt hat – im Porträt dieser Ausgabe erinnert sich Dr. Monika Zumstein an die damaligen Kontroversen.

Reproduktive Rechte sind für die Gleichstellung von Frauen und Männern in einer Gesellschaft besonders wichtig. Die Entscheidung für oder gegen Kinder ist für den Lebensverlauf von Frauen immer noch enorm prägend, weil die Rollenverteilung der Geschlechter ihnen die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung zuweist. Gleichzeitig ist der Körper Schauplatz dieser Auseinandersetzungen – ob es um die freie Wahl des Geburtsorts geht (wenn immer häufiger Kreißäle geschlossen werden und Hebammen ihren Beruf aufgeben müssen), um Zugang zu einer Samenspende auch ohne Partner, den selbstbestimmten und schonenden Schwangerschaftsabbruch oder schlicht die

Möglichkeit, das Baby im Café zu stillen. Sind reproduktive Rechte in Deutschland verwirklicht? Die genannten Themen werfen zumindest erste Fragen auf. Gleichzeitig setzen vor allem rechtspopulistische Parteien, die derzeit weltweit neuen Zuspruch verzeichnen können, auf traditionelle Geschlechterrollen und die Förderung der Kleinfamilie mit möglichst vielen Kindern unter Ausschluss anderer Lebensweisen und somit auch auf die Einschränkung reproduktiver Freiheiten.

Reproduktive Rechte haben auch Grenzen. Die Auseinandersetzung mit ihnen kann schmerhaft sein, ist aber gesellschaftspolitisch umso wichtiger. Bei der Diskussion über die Diagnostik vor (PID – Präimplantationsdiagnostik) und während der Schwangerschaft (PND – Pränataldiagnostik) findet ein Screening auf bestimmte Krankheiten oder Behinderungen statt. Dies ist hoch problematisch, weil es den Eindruck erweckt, es gäbe lebensunwertes Leben oder Behinderung wäre etwas, was sich durch richtige Planung oder rechtzeitiges Entdecken „vermeiden“ ließe und diese Vermeidung sei wünschenswert. Im August 2016 leitete der Gemeinsame Bundesausschuss ein Prüfverfahren über die Frage ein, ob der nicht-invasive Bluttest, der bestimmte Formen der Trisomie diagnostiziert, eine Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung werden sollte. Bereits heute berichten Eltern von Kindern mit Trisomie 21 („Down-Syndrom“), dass sie gefragt werden, ob sie vor der Geburt davon nichts gewusst (und unausgesprochen sonst die Schwangerschaft abgebrochen) hätten. Dies wirft auch die Frage nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für freie reproduktive Entscheidungen auf.

Die Mitglieder des Arbeitsstabes wollen in diesem Heft mehr Fragen stellen als Antworten geben und eine Debatte über reproduktive Rechte einleiten, die wir mit den djb-Mitgliedern und anderen Interessierten gemeinsam führen möchten. Der Bundeskongress im September 2017 in Stuttgart wird ein Ort für nicht immer einfache, aber stets lohnende Kontroversen und die Entwicklung rechtspolitischer Positionen sein. In diesem Heft wollen wir ein breites Spektrum der Perspektiven auf das Thema reproduktive Rechte zu Wort kommen lassen und zum Nachdenken und Diskutieren anregen. Wir freuen uns, so viele renommierte Expertinnen als Autorinnen gewonnen zu haben! Und einige von ihnen werden auch in Stuttgart als Referentinnen zu Wort kommen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Wenn etwas fehlt, wenn Sie etwas anders sehen oder auch Ihre Zustimmung signalisieren wollen – schreiben Sie uns (geschaefsstelle@djb.de). Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen!

Prof. Dr. Maria Wersig

Vorsitzende der djb-Kommission Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich und des djb-Arbeitsstabes Reproduktive Rechte